

"Diplomatischer Dilettantismus"

Kurier

October 10, 2005

In der Türkei wurde mit Erstaunen registriert, dass nicht etwa Griechenland oder Zypern, sondern gerade Österreich eine so starke Position gegen den EU-Beitritt Ankaras eingenommen habe. Dies erklärte der Türkei-Experte Gerald Knaus am Sonntagabend im Polit-Talk "Offen gesagt" des ORF zum Thema "Die Angst vor den Türkei".

"Dramatisch schnelle" Reformen

Knaus bezeichnete die in der Türkei durchgeführten Reformen, die von einer breiten Schicht getragen würden, als "dramatisch schnell". "Das ist in Österreich nicht wirklich angekommen." In der Türkei würden die Menschen diese Reformen zurecht mit der EU-Perspektive verbinden. Die Reformen seien im Namen der EU und nicht etwa der NATO, der USA oder des Europarates erfolgt. Dies sei ein "großer Erfolg" der EU.

Nationalratspräsident Andreas Khol (VP) erklärte, dass die Verhandlungen ein langer Prozess mit offenem Ende seien. Vor einem EU-Beitritt der Türkei müssten 35 Kapitel aufgearbeitet und darüber gesondert abgestimmt werden. Zehn bis elf Staaten würden zudem Volksabstimmungen vorsehen. Optimisten würden davon ausgehen, dass ein EU-Beitritt in zehn Jahren, Realisten davon, dass er erst in 30 Jahren erfolgen könne. Er hoffe, dass der Wert der Verhandlungen im Weg zur EU liege, und dadurch unter anderem menschenrechtliche Reformen durchgeführt würden.

Beide Augen zgedrückt

SPÖ-Klubobmann Josef Cap betonte, die Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen sei unter anderem die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei gewesen, was nicht gegeben sei. Die Staats- und Regierungs-

chefs der EU hätten mit dem Verhandlungsbeginn deshalb "beide Augen zgedrückt". Cap betonte weiters die Notwendigkeit der Überprüfung der Aufnahmefähigkeit der EU vor einem Beitritt der Türkei. Deshalb sei die zentrale Frage, wie die Union aufnahmefähiger gemacht werden könne.

Die Nahost-Expertin Karin Kneissl sprach von "Dilettantismus" der österreichischen diplomatischen Verhandlungen in Luxemburg in der vergangenen Woche. Österreich habe sich stärker um Kroatien gekümmert als um Partnerschaften in der EU. Khol entgegnete, die NATO-Staaten innerhalb der EU seien von den USA unter Druck gesetzt worden, für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu stimmen. Kneissl wollte dies so nicht gelten lassen. Es würde sie wundern, wenn Österreich sich allein gegen die USA stellen würde, erklärte sie. Zudem sei die Türkei, anders als hierzulande die Wahrnehmung, keineswegs ein ausschließlich US-freundliches Land. Je demokratischer das Land geworden sei, desto US-kritischer.

Kein Mut zur Grenzziehung

Der EU-Abgeordnete Andreas Mölzer (FP) meinte, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei kein europäisches Land sehe. Das Problem bestehe darin, dass die maßgeblichen Kräfte in der EU nicht den Mut hätten, die Grenzen Europas zu definieren.